

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg (LINKE)

vom 27. Mai 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. Mai 2024)

zum Thema:

Wie viele Verurteilte haben die Wählbarkeit, das Stimmrecht und die Amtsfähigkeit verloren?

und **Antwort** vom 6. Juni 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Juni 2024)

Senatsverwaltung für Justiz
und Verbraucherschutz

Herrn Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg (Die Linke)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/19 234

vom 27. Mai 2024

über Wie viele Verurteilte haben die Wählbarkeit, das Stimmrecht und die Amtsfähigkeit verloren?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Verurteilte haben wegen der Verurteilung eines begangenen Verbrechens zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr gemäß § 45 Abs. 1 StGB für die Dauer von fünf Jahren die Fähigkeit verloren, öffentliche Ämter zu bekleiden und Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen (bitte aufschlüsseln nach Jahren jeweils zum Stichtag 31.3. seit 2014, Haftanstalten und Altersgruppen unter 18, 18 bis unter 25, 25 bis unter 35, 35 bis unter 45, 45 bis unter 55, 55 bis unter 60 sowie über 60 Jahren)?

Zu 1.: Die Anzahl der im Aktenverwaltungssystem der Staatsanwaltschaften erfassten Beschuldigten, die zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wurden, bei denen zudem der Punkt „Verlust der Amtsfähigkeit und der Wählbarkeit“ ausgewählt ist, gruppiert nach dem Alter zum Entscheidungszeitpunkt, ist der Anlage zu entnehmen. Eine statistische Erfassung der Haftanstalten erfolgt weder bei den Staatsanwaltschaften noch bei den Justizvollzugsanstalten.

2. Wie vielen Verurteilten wurden durch das zuständige Gericht die in § 45 Abs. 1 StGB bezeichneten Fähigkeiten für zwei, drei vier oder fünf Jahren aberkannt (bitte zusätzlich aufschlüsseln nach Jahren jeweils zum Stichtag 31.3. seit 2014, Haftanstalten und Altersgruppen unter 18, 18 bis unter 25, 25 bis unter 35, 35 bis unter 45, 45 bis unter 55, 55 bis unter 60 sowie über 60 Jahren)?

Zu 2.: Es existieren keine Verurteilten, bezüglich derer ein erkennendes Gericht eine - fakultative - Nebenstrafe gemäß § 45 Abs. 2 (i.V.m. Abs. 1) Strafgesetzbuch (StGB) verhängt hat.

3. Welche Maßnahmen und Angebote der politischen Bildung werden aktuell im Berliner Justizvollzug im Rahmen der geltenden Resozialisierungskonzepte mit welchen Beteiligungszahlen im vorbezeichneten Berichtszeitraum angeboten?

Zu 3.: Der Berliner Justizvollzug führt das Modellprojekt „JUST X Berlin“ durch, welches mittels unterschiedlicher methodischer Ansätze anstrebt, Radikalisierungsprävention zu fördern und Distanzierungsprozesse zu initiieren sowie die Ausstiegsbegleitung im Berliner Justizvollzug und in der Bewährungshilfe zu unterstützen. Für junge Erwachsene und Jugendliche in Haft werden dazu eine politische Bildungsreihe und Präventionsworkshops angeboten, mit dem Ziel, humanistische Grundprinzipien wie Demokratie, Gewaltfreiheit und Menschenrechte zu vermitteln. Hierzu liegen folgende Beteiligungszahlen vor:

Jahr	Angebot	Beteiligungszahl
2016	Präventionsworkshops	Nicht erfasst
2017	Präventionsworkshops	Nicht erfasst
2018	zwei zwölf-tägige politische Bildungsreihen	14 Teilnehmer
2019	drei zwölf-tägige politische Bildungsreihen	14 Teilnehmer
2020	<ul style="list-style-type: none"> • zwei zwölf-tägige politische Bildungsreihen • ein eintägiger Präventionsworkshop 	19 Teilnehmer
2021	eine zwölf-tägige politische Bildungsreihe	5 Teilnehmer
2022	<ul style="list-style-type: none"> • eine zwölf-tägige politische Bildungsreihe • elf eintägige Präventionsworkshops 	62 Teilnehmer
2023	<ul style="list-style-type: none"> • zwei zwölf-tägige politische Bildungsreihen • drei eintägige Präventionsworkshops 	30 Teilnehmer
2024 (Stand: 29. Mai 2024)	zwei eintägige Präventionsworkshops	6 Teilnehmer

Darüber hinaus finden in der Schule der Jugendstrafanstalt Berlin regelmäßig Angebote zur politisch-historischen Bildung mit 6 bis 10 Teilnehmern statt, die in der Regel als mehrwöchige Workshops angelegt sind.

Beispielhafte Angebote sind:

- Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und dem Berliner Forum für Geschichte und Gegenwart zum Thema „Erinnerungskultur“
- Zusammenarbeit mit dem Anne-Frank-Zentrum zu verschiedenen Themen der politisch-historischen Bildung und Peer Guide Ausbildung für die Ausstellung rund um Anne Frank
- Projekt ZwischenWelten u. a. zum Thema „Anti-Diskriminierung“ (seit 2016 einmal pro Woche)
- Podcast-Projekt „ZweiDrittel FM“ (einmal pro Woche)
- Regelmäßige Teilnahme am Projekt „U18“ - Wahlen für junge Menschen unter 18 oder ohne deutschen Pass mit entsprechenden vorbereitenden Workshops
- Diverse Gesprächskreise zu aktuellen politischen Themen: z.B. ein Gesprächskreis zum Thema Israel - Palästina mit Unterstützung eines Imams und eines Rabbis

Weiterhin werden sowohl in den Sprachkursen als auch in den abschlussorientierten Schulkursen die Fächer Orientierung oder Geschichte/Politische Bildung unterrichtet. Auch in den im Berliner Justizvollzug angebotenen Grundbildungskursen und in der beruflichen Ausbildung ist die politische Bildung Bestandteil der Lehrinhalte.

Berlin, den 06. Juni 2024

In Vertretung

Esther Uleer
Senatsverwaltung für Justiz
und Verbraucherschutz

Systementscheidungs-jahr	Anzahl Beschuldigte < 18 Jahren	Anzahl Beschuldigte zwischen 18 und 24 Jahren	Anzahl Beschuldigte zwischen 25 und 34 Jahren	Anzahl Beschuldigte zwischen 35 und 44 Jahren	Anzahl Beschuldigte zwischen 45 und 54 Jahren	Anzahl Beschuldigte zwischen 55 und 59 Jahren	Anzahl Beschuldigte >= 60 Jahren	Anzahl Beschuldigte Insgesamt
2014	0	54	150	83	51	16	3	357
2015	0	53	169	84	44	9	9	368
2016	0	55	160	91	53	10	13	382
2017	0	46	199	100	37	11	6	399
2018	0	53	158	101	47	11	8	378
2019	0	48	167	97	65	9	12	398
2020	0	46	137	90	49	8	10	340
2021	0	33	168	110	41	9	19	380
2022	0	33	158	113	46	10	14	374
2023	0	36	170	119	56	16	20	417
2024 (bis 29.05.2024)	0	15	50	41	12	5	9	132
Summe	0	472	1686	1029	501	114	123	3925

Anzahl der Beschuldigten aus Verfahren gegen Bekannt, mit einer Freiheitsstrafenentscheidung ≥ 1 Jahr aus dem Zeitraum 01.01.2014 bis 29.05.2024, bei denen zudem die Textkennzahl "Verlust der Amtsfähigkeit und der Wählbarkeit" über den MESTA (Aktenverwaltungssystem der Staatsanwaltschaften) Auswahlpunkt "Aberkennung von Bürgerrechten" ausgewählt wurde (gruppiert nach dem Alter zum Entscheidungszeitpunkt).